

Mehr Industriekompetenz wagen!

Die EU und Deutschland haben sich der Nachhaltigkeit verschrieben. Das ist gut so! Denn wenn es uns gelingt, die Transformation zur nachhaltigen und zirkulären Wirtschaft so zu gestalten, dass sie zum unverwechselbaren Markenkern wird, ist mir um die Zukunft unseres Industriestandorts eigentlich nicht bange.

Das Thema darf aber im politischen Diskurs nicht in den Hintergrund treten. Und noch etwas: Nachhaltigkeit umfasst neben ökologischen und sozialen Aspekten bekanntlich auch eine wirtschaftliche Dimension. Das hat Brüssel bei der Ausarbeitung des Green Deals – der viele gute Ansätze enthält – zuletzt leider weitgehend ausgeblendet. Hier muss ab sofort nachgebessert werden: Wir brauchen eine Abkehr von kleinteiliger Überregulierung und insgesamt eine deutlich spürbare Korrektur der komplexen Gesetzgebung.

Licht und Schatten im Programm der neuen EU-Kommission

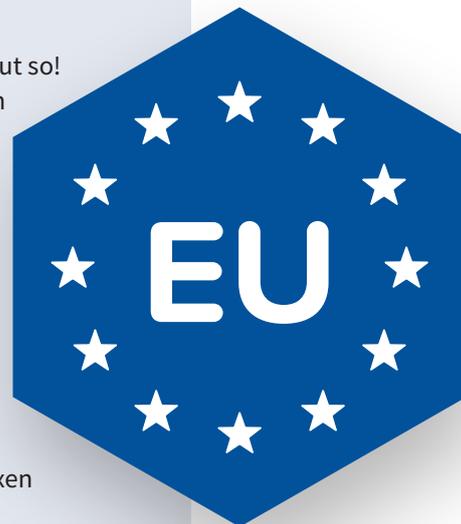
Die Grundzüge der neuen Amtszeit von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen weisen dazu sehr vielversprechende Ansätze auf. Auch dass ein Kommissar mit direkter Berichtslinie an die Präsidentin die komplexe EU-Regulierung durchbürsten und vereinfachen soll, ist ein gutes Signal. Zugleich bleibt von der Leyen ihrem bisherigen Politikstil treu: Denn ihr Vorhaben für mehr Wettbewerbsfähigkeit will sie vor allem mit neuen Gesetzen und Paketen durchsetzen. Und mit neuen Finanzmitteln, die sehr wahrscheinlich gar nicht zur Verfügung stehen werden. Bleibt also zu hoffen, dass der Ankündigungstiger nicht zum Bettvorleger wird.

Hohe Erwartungen an den „Clean Industrial Deal“

Zudem dürfen wir den Blick nicht nur auf Europa verengen. Damit die EU wieder zu einem weltweiten Vorbild wird, müssen neben der Wettbewerbsfähigkeit auch offene Märkte wieder viel stärker in den Fokus rücken. Denn nur ein starker und zuverlässiger Partner wird als guter Partner angesehen, mit dem gemeinsame Lösungen im Klima- und Umweltschutz, bei der Gesundheitsversorgung und Ernährung einer wachsenden Weltbevölkerung oder auch in Sicherheitsfragen realisierbar sind. Dabei kommt es insbesondere auf die Chemie- und Pharmaindustrie mit ihrem Innovationspotenzial und ihrer hohen Wertschöpfung an.

Unser lautes Rufen hat sich bereits ausgezahlt. Viele unserer Vorschläge sind in der Programmatik der neuen EU-Kommission erwähnt. Die Rhetorik aus Brüssel hat sich endlich deutlich verbessert. Nun müssen den Worten aber Taten folgen. Bleiben wir weiter am Ball, damit die EU die Chance zur industriepolitischen Trendwende nutzt und unsere Industrie eine gute Zukunft hat.

Dr. Markus Steilemann
VCI-Präsident



Chance zur Trendwende jetzt ergreifen

Einer aktuellen VCI-Mitgliederumfrage zufolge sieht sich die Mehrheit der Unternehmen durch regulatorische Anforderungen massiv behindert. Insbesondere die Regulierungsflut aus der EU bereitet ihnen große Sorgen. Bürokratie ist mittlerweile das größte Geschäftshemmnis, das immer öfter auch Investitionsentscheidungen am Standort beeinflusst. Um die schleichende Deindustrialisierung aufzuhalten, pocht die Chemie- und Pharmaindustrie auf einen Kurswechsel in der EU-Politik.

Ohne industriepolitische Rückendeckung können viele Unternehmen ihrem Anspruch, mit nachhaltig erzeugten und „grünen“ Produkten global erfolgreich und ein Wohlstandsgarant für die hier lebenden Menschen zu sein, kaum noch gerecht werden.

Vor allem Mittelständlern fällt es zunehmend schwer, dem Wettbewerb unter schwierigen Rahmenbedingungen standzuhalten. Unklar ist, ob und wie sie den Weg in eine klimaneutrale, zirkuläre und digitale Wirtschaftsweise fortsetzen und zu Ende gehen können.

Dem muss die neue EU-Kommission mit einem klaren industriepolitischen Programm und der in Aussicht gestellten Weiterentwicklung des Green Deals zu einem „Industrial Deal“ entschlossen entgegenwirken.

Energie-Strategie auflegen



Energieintensive Branchen wie die Chemie sind auf eine sichere und international wettbewerbsfähige Versorgung mit riesigen Mengen erneuerbarer Energien angewiesen. Das gelingt unter anderem durch den weiteren Zubau von Erzeugungskapazitäten und eine bessere Synchronisation mit dem transnationalen Ausbau von Speichersystemen und

Netzinfrastruktur für Strom, Wasserstoff und CO₂. Es braucht jetzt eine ehrliche Bewertung der bisherigen EU-Energiepolitik und der damit verbundenen kleinteiligen Regeln, die vielfach Investitionen verhindern.

Binnenmarkt ausbauen



Die geplante Vertiefung des gemeinsamen EU-Binnenmarkts muss über die bereits bestehenden Bereiche hinaus auch die Felder Energie, Abfälle und Recyclingmaterial einschließen. Zudem sollte – gemeinsam mit der Industrie – geprüft werden, wie eine angebotsorientierte Politik zur gezielten Förderung von emissionsarmen und zirkulären Produkten beitragen kann.

Beihilferecht modernisieren



Investitionen und maßvolle Unterstützung durch den Staat sind eine sinnvolle Ergänzung betrieblicher Investments, ohne die die zum Beispiel die ambitionierten Klimaschutzziele kaum erreichbar wären. Im Zuge einer Reform des EU-Beihilferechts müssen den Mitgliedstaaten dafür größere Handlungsspielräume gewährt werden. So könnte eine konsequente Weiterentwicklung der Strompreiskompensation die internationalen Wettbewerbsnachteile für energieintensive Branchen unbürokratisch und angemessen ausgleichen.

Handel offensiv gestalten



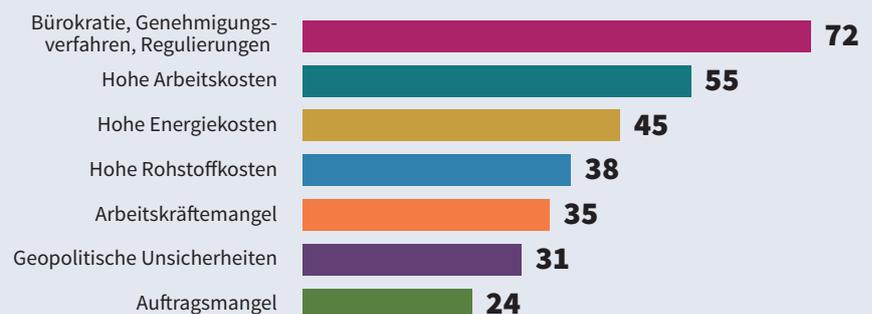
Für die exportorientierte EU muss eine offensive handelspolitische Agenda Priorität haben, damit lukrative Handelsabkommen – etwa mit Mercosur, Indien und den ASEAN-Staaten – sowie ambitionierte Partnerschaften für eine diversifizierte Rohstoffsicherung geschlossen werden können. Insbesondere stabile Beziehungen zu den USA und China sind von strategischer Bedeutung – nicht zuletzt im Sinne eines effektiven globalen Klimaschutzes. Die Ausweitung des Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) in seiner jetzigen Form auf die Grundstoffchemie und Polymere lehnt die Branche ab.

Forschung intensiv fördern



Die hohe Innovationskraft in der EU muss erhalten werden, denn sie ist die Basis für wirtschaftlichen Erfolg und die Lösung großer Herausforderungen wie Klimaschutz und demografischer Wandel. Aber den Firmen machen Rechtsunsicherheit und fehlende Offenheit gegenüber neuen Technologien und Verfahren zu schaffen. Dazu gehören chemisches Recycling, Gene-Editing oder die Abscheidung, Nutzung und Speicherung von Kohlenstoff. Dadurch gerät Europa zunehmend ins Hintertreffen. Deshalb muss die EU ab sofort voll auf Technologieoffenheit und Pragmatismus setzen.

DAS BELASTET CHEMIE & PHARMA AM MEISTEN BETROFFENHEIT DER UNTERNEHMEN IN PROZENT



Quelle: VCI-Mitgliederumfrage, Juni 2024

EU-Gesetzgebung auf den Prüfstand



Die vergangene EU-Legislatur war von einer detailversessenen Gesetzgebungsrallye geprägt. Das hat zu Tausenden Seiten neuer Regulierung und mehr als 840 Umsetzungsmaßnahmen allein für die Chemie- und Pharmaindustrie geführt. Zahlreiche Inkonsistenzen und Zielkonflikte sind die Folge.

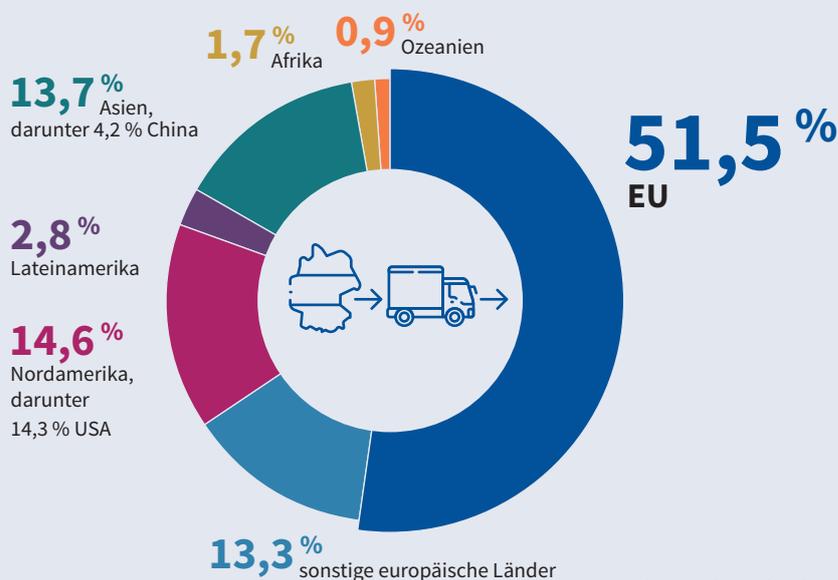
Bestehende Regelungen sollten deshalb nun mit einem Omnibusverfahren, bei dem mehrere Änderungsanliegen vereint und dann gemeinsam zur Abstimmung gebracht werden, und nach Beratung mit den betroffenen Sektoren sowie durch einen unabhängigen Umsetzungsausschuss auf ihre Wirksamkeit für Transformation und Wettbewerbsfähigkeit geprüft und gegebenenfalls korrigiert werden. Die bislang unverbindliche Vereinbarung über bessere Rechtsetzung muss verpflichtend werden, inklusive Vorabüberprüfung neuer Gesetze und „One-in-one-out“-Prinzip.

Chemikalienpolitik praxisnah ausrichten



Die EU-Gesetzgebung ist von überragender Bedeutung. Deshalb muss sich die deutsche Politik entschieden für eine industriepolitische Trendwende mit einer sachgerechten und innovationsorientierten Chemikalienpolitik einsetzen und sich insgesamt frühzeitiger einbringen, besonders angesichts der nun anstehenden Umsetzungswelle aus dem Green Deal. Dass sich Bundeskanzler Scholz bereits gegen ein Totalverbot ganzer chemischer Stoffgruppen, wie zum Beispiel PFAS, ausgesprochen und zum risikobasierten Ansatz in der REACH-Verordnung bekannt hat, ist ein klares Signal in Richtung Brüssel, Regeln einfach und praxisnah auszugestalten.

EU: HEIMATMARKT DER DEUTSCHEN CHEMIE- UND PHARMAINDUSTRIE
EXPORTE NACH REGIONEN; 2023



Quellen: Destatis, VCI

Die Chemie- und Pharmaindustrie sagt klar „Ja!“ zur EU. Trotz des zuletzt unnötig angewachsenen Regulierungsdrucks aus Brüssel überwiegen die Vorteile des europäischen Einigungsprozesses mit seinem Binnenmarkt.



Breites Bündnis für Europa

Die „Antwerp Declaration“ ist das bisher größte Commitment der europäischen Industrie zum Standort Europa. Die Chemie- und Pharmaindustrie gehört zu den ersten Unterzeichnern – mittlerweile sind es mehr als 1.200.



Ihre Ansprechpartner

Pierre Gröning

Geschäftsführer
VCI-Europabüro Brüssel
groening@bruessel.vci.de
Tel: +32 2 548069-0

Norbert Theihs

Geschäftsführer
VCI-Hauptstadtbüro Berlin
theihs@vci.de
Tel.: +49 30 200599-10

Impressum

Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e. V., Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt am Main, vci@vci.de, www.vci.de

Redaktionsschluss 1. Oktober 2024 **Verantwortlich** Jenni Glaser **Agenturpartner** Köster Kommunikation, GDE Kommunikation gestalten